

Erdogan lässt Maske weiter fallen: Ausstieg aus Frauenrechts-Konvention



Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat am 19. März die Frauenrechts-Konvention aufgekündigt, die Gewalt an Frauen verhindern und bekämpfen soll. Gerade die Türkei hätte es nötig: 2020 wurden in der Türkei rund 300 Frauen von Männern ermordet, 2019 waren es sogar über 400. Viele von ihnen wurden von ihren Ehemännern, Ex-Partnern, Brüdern oder anderen Männern aus dem nahen Umfeld getötet.

Die internationale Vereinbarung war 2011 vom Europarat ausgearbeitet worden und sollte einen europaweiten Rechtsrahmen schaffen, um Gewalt gegen Frauen zu verhüten und zu bekämpfen. Die Unterzeichner verpflichteten sich, häusliche Gewalt zu verhindern, strafrechtlich zu verfolgen und zu beseitigen sowie die Gleichberechtigung zu fördern.

Erdogan hatte die Konvention in Istanbul, dem Ort der finalen Einigung, als damaliger Ministerpräsident selbst unterschrieben. 2014 trat das Abkommen in Kraft. Es wurde in der Türkei zwar auch entsprechend ratifiziert, aber nie angewendet, wie die Organisation „Wir werden Frauenmorde stoppen“ mitteilt.

Die stellvertretende Chefin der größten Oppositionspartei, der kemalistischen CHP, Gökce Gökçen, erklärte, der Rückzug aus

diesem Abkommen bedeute, dass „Frauen weiterhin Bürger zweiter Klasse bleiben und zugelassen wird, dass sie getötet werden“. Die Generalsekretärin der Organisation „Wir werden Frauenmorde stoppen“ Fidan Ataselim sagte, die Regierung gefährde mit dem Austritt das Leben von Millionen Frauen. Sie forderte die türkische Führung auf, die Entscheidung zurückzunehmen und die Konvention anzuwenden.

In einem auf Twitter verbreiteten Video sagte sie:

„Ihr könnt Millionen Frauen nicht zu Hause einsperren, Ihr könnt Millionen Frauen nicht von den Straßen und Plätzen ausradieren. Ihr könnt Millionen von Frauen nicht zum Schweigen bringen.“

Der oppositionelle Istanbuler Bürgermeister Ekrem Imamoglu schrieb auf Twitter, der Austritt aus der Konvention sei „sehr schmerzhaft“ und missachte den jahrelangen Kampf von Frauen. Der Türkei-Berichterstatter im EU-Parlament, Nacho Sanchez Amor, schrieb ebenfalls auf Twitter, Erdogans Regierung habe ihr „wahres Gesicht“ gezeigt. Zur Allmacht Erdogans fehle nur noch die Ausrufung des Sultanats, spottete der Oppositionsabgeordnete Ahmet Sik. Kritiker des Ausstiegs aus dem Pakt sagen auch, die Türkei werde sich damit noch weiter von den Werten der Europäischen Union entfernen, deren Beitrittskandidat sie allerdings bleibt. Tausende Frauen sind nun in Istanbul und anderen Städten auf die Straße gegangen und haben ein Festhalten an der Konvention gefordert.

Erdogan hat mit diesem Austritt eine Forderung fundamental-islamischer Kreise erfüllt, die den Vertrag als „westliches Instrument zur Unterwanderung der Familie“ ablehnen. Sie betrachten den Schutz der Frau durch den Staat auch als Verstoß gegen die islamische Lehre. Zudem sind die Islam-Hardliner auch der Meinung, dass das Abkommen „die Homosexualität“ fördere. In der Weltanschauung von Präsident Erdogan sollten die Frauen lieber am Herd als auf der Straße

oder im Büro sein. So sagte er am Internationalen Frauentag am 8. März:

„Die Frau ist vor allem Mutter und die allererste Heimat des Kindes.“

Der türkische Vizepräsident Fuat Oktay verteidigte die Entscheidung des Austritts und schrieb auf Twitter, die Türkei müsse andere nicht imitieren. Die Lösung für den Schutz von Frauenrechten liege „in unseren eigenen Bräuchen und Traditionen“. Damit ist vor allem auch der Politische Islam gemeint, bei dem die entsprechenden Anweisungen aus dem Koran wörtlich zu nehmen und zu befolgen sind. Dreh- und Angelpunkt für die Unterordnung der Frau ist Sure 4 Vers 34:

„Die Männer stehen in Verantwortung für die Frauen wegen dessen, womit Allah die einen von ihnen vor den anderen ausgezeichnet hat und weil sie von ihrem Besitz für sie ausgeben. Darum sind die rechtschaffenen Frauen Allah demütig ergeben und hüten das zu Verbergende, weil Allah es hütet. Und diejenigen, deren Widersetzlichkeit ihr befürchtet, ermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlägt sie. Wenn sie euch aber gehorchen, dann sucht kein Mittel gegen sie. Allah ist Erhaben und Groß.“

Frauen müssen den Männern also gehorchen. Dazu kommt im Koran auch noch die Bewertung der Frauen als „jederzeit zu begehendes Saatfeld“, in Sure 2 Vers 223 festgelegt:

„Eure Frauen sind euch ein Saatfeld. So kommt zu eurem Saatfeld, wann und wie ihr wollt.“

Damit sollen Frauen den Männern also jederzeit sexuell zur Verfügung stehen. Widersetzen sie sich, drohen Schläge. Das Kopftuchgebot aus Sure 33 Vers 59, das Erdogan ausdrücklich befürwortet, ist für fundamentale Moslems auch sehr wichtig:

„O Prophet, sag deinen Gattinnen und deinen Töchtern und den Frauen der Gläubigen, sie sollen etwas von ihrem Überwurf über sich herunterziehen. Das ist eher geeignet, daß sie erkannt und so nicht belästigt werden.“

Frauen ohne Kopftuch sehen sich deswegen immer wieder von radikal eingestellten Moslems belästigt und bisweilen auch mehr. Der Modernisierer der jungen Türkei, Mustafa Kemal Pascha Atatürk, hatte deswegen ein Kopftuchverbot an Schulen und Universitäten sowie für Staatsbedienstete ausgesprochen, um Frauen Freiheiten zu verschaffen und die Türkei auf einen westlichen Kurs zu bringen. Erdogan drehte das Rad der Geschichte zurück und hob diese Verbote ab 2012 wieder auf.

Dieser weitere Schritt mit der Aufkündigung der Frauenrechts-Konvention ist nur konsequent und entspricht seiner Überzeugung, die er seit früher Jugend verinnerlicht hat. Die Türkei installiert unter seiner Führung den Politischen Islam immer intensiver und könnte sich, wenn Erdogan diesen Weg weiter geht, zu einem diktatorischen Islamischen Staat entwickeln. Man fragt sich, was unter Erdogan noch alles wider die europäischen Werte und Freiheiten geschehen muss, bis die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei endlich beendet werden und sich die Staaten Europas von diesem Scharia-Anhänger nicht länger auf der Nase herumtanzen lassen.



Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln.

Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier

Mitglied werden.